

June 1933
Konzert
FEST
Sruh
Lichten
chein
verreist
am 15. Juni
der Reise
zurück
Palast
Dora
reen
Komödie
Der dunkle Punkt
neue Drohungen
Baugoins

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei täglich fortwährender Zustellung monatlich RM. 2.00 (einschließlich 10 Wg. für Telegramm- und Postgebühren RM. 2.00 einschließlich 10 Wg. Postgebühren (ohne Postumschlaggebühren) bei Voranmeldung wöchentlich RM. 0.50, Einzelnummer 10 Wg.

Verlag: Leipzig & Neudamm, Dresden-N. I, Marienstraße 38/32, Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden.

Wapenbreite: 80 mm Breite Druckzelle 35 Wg., auswärts 40 Wg. Zeitungsabzug u. Reklame nach Tarif. Anzeigenpreise und Stellenangebote ermittelte Preise. Off.-Gebühr 30 Wg. — Nachdruck nur mit Genehmigung Dresdner Nachrichten. Unentgeltliche Güter werden nicht aufbewahrt.

Dollfuß läßt 80 Reichsdeutsche verhaften

Reichstagsabg. Sabicht im Linzer Gefängnis

Wien, 13. Juni. Der Landesinspektor der NSDAP. in Oesterreich, Reichstagsabgeordneter Sabicht, ist nach Mitteilung des Ministers für die öffentliche Sicherheit, Fey, in Linz verhaftet worden.

Dazu wird aus Linz berichtet: Im Laufe der heutigen Nacht hat die hiesige Polizei ihre Aktionen gegen die Führer der österreichischen nationalsozialistischen Bewegung, die ihre Landesleitung in Linz hat, eingeleitet. Als die Polizei nach Mitternacht in das Wohnhaus des Landesinspektors Sabicht eindringen wollte, fand sie alle Eingänge verschlossen. Den Einlass begehrenden Polizeibeamten erklärte Sabicht, daß er nur der Gewalt weichen werde. Darauf wurde ein Schloßer geholt, der die Tür aufbrach. Dann wurden Sabicht und einige Parteigenossen, darunter sein Sekretär Steiner, der ebenfalls Reichsdeutscher ist, verhaftet und ins Linzer Polizeigefängnis eingeliefert. Die Hausdurchsuchung verlief ohne Ergebnis.

Unter den im Laufe des gestrigen Spätabends verhafteten Reichsdeutschen in Wien befindet sich auch der frühere Oberleutnant Göhr. Ferner wurden in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland einschließlich Eisenstadt sämtliche Bezirksleiter der NSDAP, 27 an der Zahl, verhaftet.

Reichstagsabgeordneter Sabicht ist bekanntlich vor einiger Zeit der deutschen Gesundheitskur in Wien als Presseattaché zugeteilt worden und genießt in dieser Eigenschaft das Recht der Exterritorialität. Auslöschung der ersten Ausweisung in seiner Linzer Wohnung, die während seiner Abwesenheit vorgenommen wurde, ist bekannt geworden, daß die österreichische Regierung diese Enttarnung zum Presseattaché nicht zur Kenntnis genommen hat und sich bei ihrer Haltung auf einen anderen Präzedenzfall beruft, der vom deutschen Auswärtigen Amt ähnlich behandelt worden sei.

Anschlag auf ein Wiener Kaufhaus

Wien, 13. Juni. Auf das Einheitspreisgeschäft „Haus der Kleinfleider“ im Wiener Bezirk Favoriten wurde heute früh gegen 2 Uhr ein Sprengstoffanschlag verübt. Der Explosionskörper richtete am Portal, an beiden Anschlagstellen und am Kellergebäude schweren Schaden an. Auch die Fenster Scheiben des gegenüberliegenden Hauses wurden beschädigt. Verletzt wurde niemand.

Die Polizei sucht nach zwei jungen Leuten, die als Täter in Betracht kommen. Kurz nach dem Anschlag hatten die beiden einen in der Nähe des Tatortes haltenden Taximeter zu einer Fahrt in den 3. Bezirk genommen. Der Chauffeur, dem sie verächtlich vorliefen, wollte zunächst nicht fahren; die Wutigen sollen ihn deshalb, wie die Polizei weiter mitteilt, mit Erstickern bedroht haben. Auf der Fahrt nach dem 3. Bezirk winkte der Chauffeur einem Polizisten mit dem Taschentuch zu. Die beiden Anschläge des Autos, die das Signal bemerkten, sprangen ab und ergriffen die Flucht. Weitere Erhebungen sind eingeleitet.

„Staatsfeindlich“

Wien, 13. Juni. Der Minister hat heute einen Erlaß genehmigt, demzufolge die Jugendlichkeit der Bundesbeamten zur Nationalsozialistischen Partei und das Wirken für diese Partei als staatsfeindlich erklärt wird. Im Anschluß an diesen Erlaß hat der Bundesminister für Sicherheit, Fey, an alle Sicherheits- und Gendarmereibeamten Oesterreichs einen Tagesbefehl ausgegeben, in dem es heißt: „Die Ereignisse der vergangenen Zeit, besonders der letzten Tage, haben deutlich bewiesen, daß die NSDAP eine staatsfeindliche, das Volk und das öffentliche Wohl schwer schädigende Tätigkeit ausübt und mit geschwindigen Mitteln arbeitet. Es geht jetzt um das Wohl, um die Existenz unseres Volkes!“

Neue Drohungen Baugoin

Wien, 13. Juni. Geeresminister Baugoin sprach am Montag in einer christlichsozialen Versammlung über die Vorgänge der beiden letzten Tage und kündigte an, daß der Minister am Dienstag Maßnahmen beschließen werde, für die bereits die Zustimmung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß vorliegt.

Zu dem Aktentat auf Dr. Steidle führte der Minister aus, es sei bereits der Versuch des Wagens bekannt, der allerdings behauptet, daß er nicht wisse, wer mit dem Wagen gefahren sei. Jedoch sei bereits bekannt, daß die Lehrlinge (1) des Automobilwerks, der Automobilmechaniker (2) Nationalsozialisten seien. Auch die übrigen Gewalttätigen vom Montag legte der Minister den Nationalsozialisten zur Last. Der Minister berichtete, daß nunmehr alle braunen Häuser in ganz Oesterreich gesperrt seien. Außerdem seien in allen Bezirken die sogenannten Nagelkassernen — der Minister meint damit wohl die SA-Heime — von Polizei besetzt. Wir, sagte er, verhaften einen nach dem anderen. Der Minister besprach dann den Erlaß,

der den Geeresangehörigen die Tätigkeit für die Nationalsozialistische Partei verbietet. Er ging hier sogar noch weiter, indem er sagte, es werde den Geeresangehörigen auch verboten, nationalsozialistische Zeitungen zu halten, mit Nationalsozialisten in irgendeiner Weise in Verbindung zu treten und nationalsozialistische Versammlungen zu besuchen. Weiter kündigte er an, daß auch der Unterrichtsminister „gründliche Ordnung machen werde“.

NSDAP. betont die Legalität ihres Kampfes

Wien, 13. Juni. Die gesamte nationalsozialistische Landtagsfraktion erschien heute um 10 Uhr mit Gauleiter Frauenfeld in der Polizeidirektion. Namens der Fraktion erklärte Gemeinderat Dr. Walter Niehl dem Polizeipräsidenten, die Nationalsozialistische Partei in Oesterreich habe immer auf dem Standpunkt der Legalität gestanden und

verurteile auch heute noch jedes Abweichen vom legalen Wege, den Adolf Hitler auch immer innegehalten habe. Die Gewaltakte der letzten 24 Stunden seien als eine Folge der Ausdehnung der Führung der Partei zu betrachten. Vorbereitete Flugblätter revolutionären Inhalts seien offenbar von unverantwortlichen privaten Stellen ausgegangen, wenn nicht gar von Propagatoren. Wenn die Aktionsfähigkeit der Leitung der NSDAP. weiterhin durch Zwang der Parteibienststellen verhindert werde, so sei es nicht zu verwundern, daß die Leidenshaften junger Leute, wie etwa der Studenten, bis zur Unfähigkeit eintreten würden und nicht abzuwehrende Folgen eintreten könnten. Er fordere deshalb den Polizeipräsidenten auf, dem Vizekanzler Dr. Bunkler telefonisch das Ersuchen um Wiedereröffnung der Parteibienststellen der NSDAP. zu übermitteln.

Während die 15 Gemeinderäte in der Polizeidirektion noch auf Antwort warteten, wurden sechs Gemeinderäte zum sofortigen Verhör in das Kriminalinspektorat vorgeladen. Die Zahl der in diesen Tagen in Oesterreich bisher festgenommenen reichsdeutschen Mitglieder der NSDAP. beträgt den heutigen Mittagsblättern zufolge etwa 80.

Wien, 13. Juni. Die Gauleitung Wien der NSDAP. veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie alle Nationalsozialisten auffordert, vollkommen Ruhe und Disziplin zu bewahren. „Wie erheben den schärfsten und nachdrücklichsten Einspruch“, so heißt es weiter, „gegen die von einer

nanzen Reihe von jüdischen und jüdenhörigen Zeitungen gemachten Versuche, unsere Bewegung mit den Sprengstoffattentaten in Zusammenhang zu bringen.

Wir haben den Boden des Gesetzes bisher nicht verlassen und werden es auch weiterhin nicht tun. Wir werden so wie in Deutschland ehrlich kämpfen und ehrlich siegen. Heil Hitler!“

Rosenberg zu den Vorgängen in Oesterreich

Berlin, 13. Juni. Der Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, Alfred Rosenberg, nimmt in einem Leitartikel u. a. wie folgt zu den letzten Ereignissen in Oesterreich Stellung: Was sich im Augenblick im unglücklichen Oesterreich abspielt, ist von einer geradezu erschütternden Tragik, die wir scheinbar bis zur Reize auskosten müssen. Mit allen Mitteln des französischen außenpolitischen Drucks, jüdischer Geldmacht, marxistischer internationaler Propaganda hat sich die sogenannte christlichsoziale Partei gegen Großdeutschland, gegen den deutschen Gedanken an sich verbündet. Es scheint sogar, daß die christlichsoziale Regierung augenblicklich dunkler jüdisch-bourgeoiser Pläne arbeitet und noch weiter zu geben gewillt ist als die Tölpel:

Sie will die NSDAP. in Oesterreich verbieten und auflösen.

Eine große Klust tut sich nunmehr aber doch auf zwischen der völkischen christlichsozialen Regierung und dem österreichischen Volk selbst. Deutsch-Oesterreich befindet sich im schwersten Schicksalskampf, und das ganze deutsche Volk steht voller Erwartung und Hoffnung auf die Hände des österreichischen Staates, weil von dort aus sich bereits eine aktive Wehr gegen das in den Händen des schwarzroten Regiments befindliche Wien erhoben hat. Wir wissen, daß trotz allem der deutsche Charakter in seinem Erwachen sich auch in Oesterreich durchsetzen, und daß der Tag der inneren Freiheit von dem korrupten System auch für unsere österreichischen Brüder kommen wird.

Dollfuß kommt zurück

London, 13. Juni. Der österreichische Bundeskanzler erklärte in den Wandergängen der Weltwirtschaftskonferenz, daß er wegen der Lage in Oesterreich nicht die geringste Resorption beuge. Die eingetretene Krise seien wohl die Folge seit langem vorbereiteter Pläne. Doch sei er überzeugt, daß die Regierung die Lage vollkommen in der Hand habe. Was seine eigene Person betreffe, so habe er die Absicht, London am Mittwoch zu verlassen, um nach Wien zurückzukehren.

Beginn der Generaldebatte in London

Maßnahmen zur Beschleunigung der Konferenz

London, 13. Juni. Das Büro der Weltwirtschaftskonferenz sahte am Montagabend einige wichtige Beschlüsse für die Beschleunigung des Konferenzprogramms. Auf die Initiative Macdonalds hin wurde festgelegt, die allgemeine Aussprache, wenn irgend möglich, bereits am Donnerstagabend zu Ende zu bringen. Zu diesem Zweck sollen nur diejenigen Vänderevertreter in der allgemeinen Aussprache zu Worte kommen, die wichtige Vorschläge vorzulegen haben. Ihre Reden sollen außerdem auf eine Dauer von 10 oder höchstens 15 Minuten beschränkt werden. Andere Vänder, die keine wichtigen Vorschläge bereit haben, werden aufgefordert, ihre Erklärungen schriftlich abzugeben und in Umlauf zu bringen. Schließlich wurde beschlossen, sofort zwei oder drei Ausschüsse einzusetzen, die bereits am Donnerstagabend oder am Freitag früh, also sofort nach Beendigung der Vollversammlung, in Tätigkeit treten und sich mit den Einzelheiten der vorgeschlagenen Vorschläge befassen können. Die Sitzung der Weltwirtschaftskonferenz begann heute mit einer

Bermahnung des Präsidenten, Premierministers Macdonald,

an einige säumige Delegierte, die sich freivoluntarisch zum Sitzungsbeginn verspätet hatten. Er bat sie, sich in Zukunft größerer Pünktlichkeit zu befleißigen. Dann machte er Mitteilung von den Beschlüssen, die das Büro der Konferenz gestern gefaßt hat. Der Beschluß, jedem Redner nur 15 Minuten Redezeit zu gewähren, wird allerdings nach Macdonalds heutigen Mitteilungen nicht ganz strikt gehandhabt werden. Man will sich hier einer gewissen Flexibilität befleißigen in Fällen, in denen der Redner wirklich bedeutende Vorschläge zu entwickeln hat. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung leitete

der französische Ministerpräsident Daladier

die Ansichten der französischen Regierung zu den Problemen der Weltwirtschaft dar. Er erinnerte daran, daß es auf der Welt mehr als 30 Millionen Arbeitslose gebe. Ueber die Weltwirtschaftskrise sei schon so viel gesprochen

worden, daß selbst die riesigen Räume des Geologischen Museums, in denen die Konferenz stattfindet, nicht ausreichen, um alle diese Abhandlungen unterzubringen. Man müsse wieder den Menschen zum Herrn über die Maschine machen und dürfe nicht zulassen, daß die Maschine den Menschen beherrsche. Dazu sei es aber notwendig, die Probleme, die sich auf dem Gebiete des Geldwesens und der Produktion ergeben hätten, zu lösen. Im internationalen Handelsübereinkommen von Dauer und Abmachungen über die Regelung der Produktion abzusprechen zu können, sei es notwendig, den internationalen Geldverkehr in Ordnung zu bringen. Besonders notwendig sei die Vergabe großer öffentlicher Aufträge, um die Arbeitslosen in den Wirtschaftskrisen wieder einzugliedern. Man müsse die Flexibilität des Geldes wiederherstellen, denn nur so könne man die Kämpfe auf dem Gebiete des internationalen Geldwesens beenden. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes könne herbeigeführt werden, wenn die vierstündigenwoche international angenommen würde.

Der italienische Delegierte Hung

betonte, daß erst das internationale Schuldensprobleme gelöst werden müsse, ehe man an eine Erhöhung des internationalen Preisniveaus und an eine Begrenzung der Zollschranken herangehen könne. Die Erhöhung des Preisniveaus dürfe lediglich im Zusammenhang mit dem Währungsprobleme in verhandelt werden. Eine Verringerung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse könne nur durch eine tatsächliche Stabilisierung der Währungen erzielt werden.

Eine Überraschung bedeutete es für die Weltwirtschaftskonferenz, daß der amerikanische Hauptdelegierte, Staatssekretär Cordell Hull, der an erster Stelle auf der heutigen Rednerliste stand, nicht das Wort genommen hat. Die Annahme, daß er die amerikanische Erklärung wegen der noch nicht geregelten Frage der britischen Schuldenszahlung verschoben hat, wurde zwar von Hull in einer Privatunterredung energisch bestritten, seine Begründung aber, daß er zu müde gewesen sei, weil er schon gestern abend eine Rede gehalten habe, findet wenig Glauben. Jedenfalls steht fest, daß Hull seine Erklärung morgen nachholen wird.

Es wird erwartet, daß am Dienstagmorgen um 10 Uhr der Führer der deutschen Delegation, Treiber